



Niederschrift

Petitionsausschuss

20. Wahlperiode – 63. Sitzung

am Dienstag, dem 25.02.2025, 11:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Michael Schunck (SSW), stellvertretender Vorsitzender

Thomas Jepsen (CDU)

Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Hauke Göttsch

Heiner Rickers (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niclas Dürbrook (SPD)

Annabell Krämer (FDP), in Vertretung von Dr. Heiner Garg

Fehlende Abgeordnete

Sönke Siebke (CDU)

Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung zur Petition L2131-20/981

Bildung; berufliche Bildung stärken, mehr Lehrkräfte einstellen

Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Schunck, eröffnet die Sitzung um 11:19 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Anhörung zur Petition L2131-20/981

Bildung; berufliche Bildung stärken, mehr Lehrkräfte einstellen

Frau Matzke stellt ihre Petition zur Stärkung der beruflichen Bildung vor (siehe Präsentation in der Anlage). Aktionen zur Gewinnung von Nachwuchslehrkräften und gleichzeitiger Abbau von Stellen, der eine Nicht-Einstellung von Nachwuchslehrkräften nach sich ziehe, passten nicht zusammen. Die Bedarfe seien abzusehen. Durch die anstehenden Pensionierungen der geburtenstarken Jahrgänge könnten genügend Stellen abgebaut werden. Sinnvoll sei eine langfristige und nachhaltige Personalplanung, mit der Lehrkräfte über den aktuellen Bedarf hinaus eingestellt würden, um in Zukunft über eine ausreichende Zahl an Fachkräften an den beruflichen Schulen zu verfügen. Das Land solle die vorhandenen jungen, motivierten Lehrkräfte einstellen und damit in die Zukunft des Landes investieren.

Frau Dr. Stenke, Staatssekretärin im Bildungsministerium, stellt klar, angesichts der Haushaltslage könne man keine Stellen auf Vorrat führen beziehungsweise Lehrkräfte über Bedarf einstellen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im berufsbildenden Bereich gehe aktuell stärker zurück als prognostiziert. Eine tragfähige Prognose der fachlichen Bedarfe in den verschiedenen Regionen des Landes sei schwierig. Das Ministerium, das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung sowie die Schulleitungen der beruflichen Schulen und der Regionalen Berufsbildungszentren unternähmen eine Vielzahl von Maßnahmen und Anstrengungen, um Lehrkräfte und Lehrkräfte in Ausbildung zu gewinnen und zu halten.

Abgeordneter Brandt fragt, wie viele Lehrkräfte im Anschluss an ihre Ausbildung in Schleswig-Holstein eine Planstelle erhielten und welche Maßnahmen es für die Einstellung von Späteinsteigern gebe.

Staatssekretärin Dr. Stenke weist darauf hin, dass es die Möglichkeit des Direkteinstiegs und Seiteneinstiegs an den beruflichen Schulen schon lange gebe. Sie werde dem Ausschuss schriftlich mitteilen, wie viele LiVs ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hätten und wie viele man davon in den Landesdienst eingestellt habe. In den vergangenen Jahren sei es

gelingen, einem sehr großen Teil der Lehrkräfte in Ausbildung im Anschluss an die Ausbildung ein Einstellungsangebot zu machen - wenngleich nicht immer in der gewünschten Schulart oder Region. Man wolle versuchen, so frühzeitig wie irgend möglich die Stellen auszubringen und das Personalzuweisungsverfahren auf den Weg zu bringen.

Frau Matzke macht darauf aufmerksam, dass Lehrkräfte, wenn sie nicht zeitnah nach Beendigung ihrer Ausbildung eine Anstellung erhielten, dem berufsbildenden Bereich im Landesdienst Schleswig-Holstein verloren gingen.

Abgeordnete Täck setzt sich dafür ein, den anspruchsvollen Beruf der Lehrkraft im berufsbildenden Bereich attraktiv zu machen - insbesondere auch für Späteinsteiger, die mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise von jungen Menschen viel Wertschätzung erfahren - und das Problem der finanziellen Ungleichbehandlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften anzugehen.

Staatssekretärin Dr. Stenke betont die Bedeutung des Quer- und Direkteinstiegs und sagt zu, die Frage der Gleichbehandlung beziehungsweise Verbeamtung von Quer- oder Direkteinsteigern noch einmal zu prüfen, um den Lehrerberuf attraktiv zu machen. Die Umsetzung des Masterplans Berufliche Bildung habe man mit zusätzlichen Lehrerstellen unterstützt, um Ausbildungswege zu erhalten und so viele Lehramtsanwärterinnen und -anwärter wie irgend möglich einstellen zu können.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Schunck, schließt die Sitzung um 12:02 Uhr.

gez. Dr. Schunck
stellvertretender Vorsitzender

gez. Schmidt
Protokollführer